

Saarland – fit für die Zukunft

Wahlprogramm der Familien-Partei Deutschlands

Zur Landtagswahl am 26.03.2017

(zur Verabschiedung auf dem Landesparteitag)

1. Vorwort

Die Familien-Partei ist die Partei der Generationengerechtigkeit. Als eine der ersten hat sie vor Jahrzehnten das heute vorhandene und immer größer werdende Problem des demographischen Wandels erkannt und Korrekturen zur Ursachenbekämpfung vorgeschlagen. Heute wenden sich die politischen Mitstreiter langsam dem akuten Problem zu und werden die Symptome zu lindern versuchen. An die Ursache, der Kinderlosigkeit der Gesellschaft wagt sich aber immer noch keiner ran.

Zur Generationengerechtigkeit gehört untrennbar auch der Begriff der Nachhaltigkeit – im Hinblick auf Finanzen, aber auch selbstverständlich im Hinblick auf unsere Ressourcen und unsere Umwelt. Während es politischen Mitbewerbern gelang die Wichtigkeit der Themen der ökologischen Nachhaltigkeit in unsere Gesellschaft zu tragen für die wir absolut dankbar sind, muss sich die Familien-Partei an der eigenen Nase fassen, dass ihr es bislang nicht gelungen ist, die erforderliche Aufmerksamkeit für die gleichermaßen wichtige, humane Nachhaltigkeit zu erreichen. Die Problematik ist allerdings auch erklärungsbedürftiger.

Unsere Kernthemen werden unser Angebot zur Landtagswahl darstellen. Kompakt stellen wir uns folgenden Brennpunkten:

- enormer stetig wachsender Schuldenberg
- kritische demographische Entwicklung und Wegzug von Einwohnern
- marode bzw. wegbrechende, deutschlandweit unterschiedliche Infrastruktur
- Anstieg prekärer Arbeitsplatzverhältnisse, verstärkte Armutsrisiken
- schlechte Lebensbedingungen für Familien mit Kindern
- Demokratieverdruss der Bürger
- aufgeblähter Regierungsapparat
- Dominanz parteipolitischer Seilschaften im vorpolitischen Raum

2. Politische Ziele der Familien-Partei

2.1. Leistungsträger Familie

In unserer Gesellschaft ist es ökonomisch vernünftig auf Kinder zu verzichten. Hier gab es in den letzten vier Jahrzehnten völlig falsche Anreize. Die Familien-Partei setzt hingegen auf die Solidarität zwischen den Generationen sowie zwischen Familien und Kinderlosen. Kinder sichern die Zukunft jeder Gesellschaft, und Kinder sind nicht ohne Eltern zu bekommen und zu erziehen. Die Anreize künftig richtig zu setzen, ist sowohl Angelegenheit des Bundesgesetzgebers als auch politische Aufgabe auf Landesebene.

2.2 Familienleistung anerkennen durch neue Bundesgesetze

- Steuerfreiheit für Aufwendungen der Eltern für ihre Kinder (realistische Steuerfreibeträge bei der Lohn- und Einkommenssteuer, Rückerstattung indirekter Steuern)
- staatliche finanzielle Gleichbehandlung aller Arten der Kinderbetreuung, damit also echte Wahlfreiheit für die Eltern, z. B. durch ein Erziehungsgehalt für Fremd- oder Eigenbetreuung
- Einführung einer Familienkasse in Analogie zur Rentenkasse, jedoch unter Einbindung aller Personengruppen und Einkommensarten
- Wiedereinführung des „Wümelings“
(Zug fahren kostenfrei ab drei Kindern in der Familie)
- Anerkennung der elterlichen Kosten für die Kindererziehung als Beitragsleistung für die Sozialkassen (Generationenvertrag)
- Entlastung der menschlichen Arbeitskraft von Abgaben

Keine noch so ausgeklügelte Kapitaldeckung (Riester/Rürup sieht in der Zwischenzeit sogar die etablierte Politik als gescheitert an) kann die Solidarität und soziale Errungenschaften des Generationenvertrages ersetzen. Der Generationenvertrag ist nach einem Zwei-Generationen-System im Umlageverfahren konzipiert. Wer berufstätig ist, zahlt in die Rentenkasse, damit die jetzigen Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensabend erleben können. Es fehlt die Berücksichtigung der dritten, nachwachsenden Generation. Für eine gemeinsame Altersversorgung müsste auch gemeinsam in Kinder investiert werden. Der gegenwärtige Anteil des Staates an diesen Investitionen beträgt noch nicht einmal 30 Prozent. Die Hauptlast verbleibt bei den Eltern – und die institutionellen Möglichkeiten des Staates stoßen an ihre Grenzen. Eine von allen Erwerbstätigen und von der Wirtschaft getragene Familienkasse als Gegenstück zur gesetzlichen Rentenkasse würde den Leistungsausgleich

bewirken.

Die Familien-Partei fordert im Kern die wirtschaftliche Gleichstellung von Eltern zu Kinderlosen. Eltern sind durch die Gesetzeslage ungerechtfertigter Weise in vielen Bereichen im Nachteil. Die Benachteiligung der Familien ist in einer informativen Glosse dargestellt, die auf der Homepage der Familien-Partei oder unter folgendem Link zugänglich ist:

https://familien-partei-saarland.de/images/pdf/Hintergrund_familien.pdf

2.2.1 Erziehungsgehalt

Das Saarland war ein Bundesland, dessen Bevölkerung das Betreuungsgeld überdurchschnittlich angenommen hatte. Die Familien-Partei fordert daher, die Familien, die hierauf vertraut hatten nicht im Regen stehen zu lassen. Zumindest die Familien, die das Betreuungsgeld in Ihr Kalkül einbezogen haben, weil es eben deutschlandweite Rechtsnorm war, sollte man mit einer landesweiten Gesetzgebung den Bezug des Betreuungsgeldes ermöglichen.

Grundsätzlich favorisiert die Familien-Partei die Lösung eines sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehaltes. Das Betreuungsgeld wäre als Vorstufe auf einem Weg in die richtige Richtung zu sehen.

Die Stellung in der Gesellschaft

Familien so sehr sie auch in aller Sozialromantik heute teilweise gesehen werden, waren seit jeher Solidargemeinschaften und auf gegenseitigen Ausgleich und Unterstützung und ganz speziell auch zur Altersabsicherung ausgerichtet. Viele Kinder waren nichts anderes als ein hoher Invest in die eigene Zukunft. Kinder machten die Zukunft risikoärmer.

Das Solidarprinzip der Familie wurde im gesellschaftlichen Wandel zur weiteren Risikominimierung auf noch breitere Füße gestellt. Mit Bestrebungen im 18. / 19. Jahrhundert entstand über die Sozialversicherung und dem Umlageverfahren die heutige gesetzliche Rentenversicherung. Ein Generationenvertrag. Beiträge der mittleren Generation sichern die Einkünfte der aus dem Berufsleben ausgeschiedenen Generation. Die Beiträge werden in Renten umgelegt.

Alle - wie oben dargestellt – Vorsorge betreibende Familien der vorindustriellen Zeit lassen das Modell des Umlageverfahrens funktionieren. Doch wo sind die Grenzen des Modells? Wird das Verhältnis der mittleren Generation zur alten Generation ungünstig, gerät das Umlageverfahren in Schieflage. Dies erleben wir seit Jahren, bekannt als demographischer

Wandel. Der Grund: Über mehr als eine Generation versäumte es die Gesellschaft in Kinder zu investieren, Kinder zu bekommen, auf Erhalt der Gesellschaft ausgerichtet zu sein. Deutschland schrumpft und das Modell funktioniert nicht mehr.

Dem Umlageverfahren zugrunde liegt der sog. Schreiber-Plan. Wilfried Schreiber sah in der Transformation der vorindustriellen Familie zur Familiengemeinschaft in der industrialisierten Welt für die mittlere Generation eine weitere Beitragszahlung vor: eine Kinderrente für Kinder bis zum 20. Lebensjahr.

Auf dieser Idee fußt letztlich das Erziehungsgehalt, eine politische Forderung der Familien-Partei.

Der richtige Vergleichsmaßstab

Wenn man als Partei eine Geldleistung fordert kommt reflexartig und auf den ersten Blick durchaus zu Recht die Frage nach dem warum? Im Falle des Erziehungsgehaltes als Familienlohn für die Erziehungsleistung wird durchaus auch argumentiert: „das hatten wir früher auch nicht“ oder „wir zogen unsere Kinder auch alleine groß“ etc.

Diese Aussagen sind alle richtig. Dennoch stimmt an dieser Stelle der Vergleichsmaßstab nicht. Man kann nicht auf der Zeitachse vertikal vergleichen sondern horizontal. Das heißt: wie waren die Lebensumstände der Familien früher und wie sind sie heute? Wie sah früher die Teilhabe von Familien am gesellschaftlichen Leben aus und wie ist es heute? Wie war früher der Anteil der Familien am Sozialstaat und wie ist der heute? Hier hat sich etwas zu Lasten der Familien verschoben! Und dies ganz deutlich.

Selbstverständlich sagt man, haben Eltern, wenn Sie Kinder bekommen, Einschnitte hinzunehmen. Was ist daran selbstverständlich? Waren es früher Einschnitte, die dazu geführt haben, dass immer mehr Menschen es vorzogen kinderlos zu bleiben, ist es heute ein ernst zu nehmendes Risiko. Die Entscheidung für Kinder ist das Armutsrisiko Nummer 1. Und das ist selbstverständlich? Die Familien-Partei sagt nein!

Generationengerecht

Wir sprachen oben vom Generationenvertrag, der zwei Generationen umfasst: die mittlere und die alte Generation. Es ist Auffassung der Familien-Partei, dass der Generationenvertrag unzulänglich ist. Diese Meinung haben wir nicht exklusiv, sondern war schon Ursprungsgedanke von

Herrn Schreiber in der Transformation der solidarischen Familie hin zu einer Sozialversicherung.

Die Verwerfungen in der Sozialversicherung sind sicher nicht gerecht. Wenn die Beitragsleistungen der mittleren Generation zur Versorgung der alten Generation immer größer werden, ist das nicht gerecht. Wenn die alte Generation Leistungen erhält ohne hierfür selbst „in Form eigener Kinder investiert“ zu haben, ist das nicht gerecht. Weil die mittlere Generation in Zeiten der Kindererziehung auf gesellschaftliche Teilhabe verzichtet, wäre es dann nicht gerecht, dass die alte Generation ohne eigenen „Invest in Erziehungsleistung“ an der Stelle auf gesellschaftliche Teilhabe verzichtet?

Genau hier setzt das Erziehungsgehalt an. Es löst nicht die aktuellen Probleme, es steuert aber generationengerecht, indem die mittlere Generation auch Beitragsleistungen für die nachkommende Generation erbringt – eine Kinderrente, wenn man so will oder eben ein Invest in Kinder.

Die Vorteile

Das Erziehungsgehalt packt die Probleme, Ineffizienzen, Ungerechtigkeiten und staatliche Beteiligung an der Erziehungsleistung an der Wurzel. Diese Lösungsorientierung ausgehend von Ursache und Wirkung ist natürlich kein Selbstzweck. Jede Menge Folgenutzen wird generiert.

Stichwort: Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung

Die Familien-Partei möchte keinen Lebensentwurf vorschreiben, aber die Wahlmöglichkeit lassen. Wir erachten eine familienfreundliche Gesellschaft als viel bessere Grundlage einer sozialeren Gesellschaft.

In die Gedanken der Wahlfreiheit einbetten und mitberücksichtigen sollte man die tatsächlichen Kosten öffentlicher Betreuung bzw. der Betreuung durch z.B. Tagesmütter. Die Dienstleistung der Kinderbetreuung verdient in der werthaltigen Darstellung die echten Kosten. Dies ist transparenter, umgeht die versteckte, staatliche Subventionierung von Kitabeiträgen und lässt die Chance faire Gehälter zu zahlen.

Stichwort: Kindeswohl

Im Zuge der Wahlfreiheit wendet sich der Blick mehr in Richtung Kind. Zwei Aussagen wagen wir zu behaupten sind grundsätzlich falsch. Sowohl die Aussage: Kinder entwickeln sich in Krippen schlechter als auch die Aussage: Der Aufbau des Urvertrauens bedarf in den ersten 3 Lebensjahren

ausschließlich eine starke Beziehung von betreuendem Elternteil zum Kind. Es wird auch Sicht des Kindes einfach darauf ankommen. Auch Kinder sind Individuen und entwickeln sich unterschiedlich. Mit dem Erziehungsgehalt wird der Druck genommen und die Möglichkeit gegeben stärker aus Sicht des Kindes zu entscheiden.

Stichwort: Elternstress

Auch die jüngste Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung zeigt einmal mehr. Eltern sind in der heutigen Gesellschaft so gestresst wie nie zuvor. Eltern sind Manager kleiner Familienbetriebe und für uns auch ganz klar wichtige Leistungsträger der Gesellschaft. Auch hier schafft das Erziehungsgehalt die Möglichkeit der Abhilfe. Es lässt Spielräume für weniger Stress im Leben.

Stichwort: Sozialversicherung

Ein letzter Vorteil in der Konzeption. Statt irgendeinen Minijob anzunehmen / annehmen zu müssen, der keinen Absicherungscharakter in der Rentenversicherung bringt, ist das Erziehungsgehalt mit Sozialversicherungspflicht ausgestaltet und damit mit Versicherungspflicht in der Rentenversicherung. In der Wirkung und Behandlung ist es einem normalen Erwerbseinkommen gleichgestellt, was in der Anrechnung auf die Rente nicht nur Anwartschaften, sondern echte Rentenpunkte bringt. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Saarland Familienland, wir merken wenig davon, auch wenn es in großen Lettern in Saarbrücken am Familienministerium prangt.

2.2.2 Gebührenfreie Kitas und mehr Flexibilität

Kinder sind unsere Zukunft und unsere einzige Ressource. Gebührenfreie Kitas sind nichts mehr und nichts weniger als eine kleine Beteiligung der Gesellschaft an den Investitionskosten in die künftige Generation.

In immer mehr beruflichen Herausforderungen der Eltern kommt der Betreuung und dem Wohl des Kindes eine größere Rolle zu. Hier sind die Landesgesetze auf mehr Flexibilität und damit Entlastung/Streßvermeidung für die Eltern bei maximaler Erreichung des Kindeswohls zu überarbeiten.

2.2.3 Familienkomponente in der Rentenversicherung

Ein Jahr vor der Bundestagswahl legt die Bundesregierung ein Konzept zur Rentenpolitik vor, nach dem Motto „Tu keinem weh“, so Roland Körner Spitzenkandidat der Familien-Partei.

Die Beitragszahler sollen keine signifikant steigenden Beiträge zahlen und die Rentner sollen keine Einschnitte in der Rentenleistung erfahren.

Klingt schön? Ist es aber nicht. Der demographische Wandel ist einfach da. Er ist Fakt. Ergebnis jahrzehntelanger, falscher Familien-Politik!

Die Löcher, die in der Rentenkasse durch dieses Konzept zwangsläufig entstehen werden, werden durch Steuern gegenfinanziert.

Gerecht ist das nicht! Das Rentenproblem wird einfach auf die nachfolgende Generation abgewälzt! Darunter leidet die junge, erwerbstätige Generation, ebenso wie Familien in besonderem Maße.

Die heutigen Rentenauszahlungen werden finanziert von den heute Erwerbstätigen.

Die eigene Rente stärken diese Erwerbstätigen nicht durch Zahlen von Beiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung sondern durch das Aufziehen von Kindern!

Dem muss ein Konzept gerecht werden, wenn ich die Sozialversicherung nicht perspektivisch aufgeben möchte.

Die Familien-Partei sieht einen anderen Lösungsweg.

Mit Beiträgen in die breiter zu verstehende „Rentenversicherung“ muss ich also Familien bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützen, damit künftig genügend Beitragszahler da sind. Nennen wir es Erziehungsgehalt.

Ferner brauchen wir in der Rentenbemessung eine Familienkomponente. Dies heißt, wer Kinder erzogen hat, muss aus der Rentenversicherung mehr erhalten als derjenige, der keine Kinder erzogen hat. An dieser Stelle muss sich die jahrzehntelange Erziehungsleistung lohnen! Jahrzehntelange Erziehungsleistung ist finanzieller Invest in diese Gesellschaft und nicht einfach nur Privatsache!

Rentenversicherung so verstanden macht die Kasse natürlich zunächst auch nicht voller - klar.

Wie also das Defizit finanzieren?

Kinderlose müssen zu einem zusätzlichen Kapitalaufbau fürs Alter verpflichtet werden. Sie zahlen ein Äquivalent zu den Kosten an Kindererziehung, die sie aufgrund Kinderlosigkeit eben nicht haben.

So sähe für die Familien-Partei eine Familien-gerechte Rentenreform aus.

Kurzfristig müsste nach Auffassung der Partei auch die Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung - wenn nicht ganz abgeschafft, dann aber doch deutlich nach oben angepasst werden. Warum der erste Euro Erwerbseinkommen über der festgelegten Bemessungsgrenze anders behandelt werden soll als die Euro Erwerbseinkommen unterhalb der Bemessungsgrenze erschließt sich nicht.

2.3 Die Staatsverschuldung

Langfristig und vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit ist dem Problem „Verschuldung“ nur Herr zu werden, wenn ein Lastenausgleich herbeigeführt wird. In diesem Sinne tritt die Familien- Partei dafür ein, die Verschuldung in ein Sondervermögen zu überführen, das im Rahmen eines Lastenausgleiches über einen gewissen Zeitraum über eine Vermögensabgabe getilgt wird. Schulden kumulierende gesetzliche Regelungen sind unverzüglich abzuschaffen.

Einige Maßnahmen im Einzelnen:

- Übertragung aller Schulden des Bundeshaushalts in ein Sondervermögen
- Gesetzliches, temporäres Verbot der Neuverschuldung als Grundsatz
- Gesetzliches Gebot der laufenden Wiedererwirtschaftung von Werteverzehr an Infrastruktur und sonstigen Lebensgrundlagen (finanzielle Rückstellungen bilden)
- strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips (wer bestellt, bezahlt)

Nach Umschichtung der Schulden sind öffentliche Haushalte künftig ausgeglichen und vorerst ohne Neuverschuldung aufzustellen. Die Vorgehensweise der Familien-Partei ist hierbei, zuerst im demokratischen Prozess die staatlichen Aufgaben und dann auch die Ausgaben festzulegen, um anschließend einen ausfinanzierten Haushalt aufzustellen. Eine

Kreditaufnahme kann im Einzelfall Sinn machen, wenn im Zuge einer Investition Rückflüsse über längere Zeiträume - eindeutig zugeordnet - ausgewiesen werden und die Verwendung der Rückflüsse zur Tilgung ebenso klar (z.B. über Treuhandkonten) festgelegt wird.

Wieso kann nur der Lastenausgleich die Richtung weisen?

a) Die Vermögen der privaten Hand übersteigen die Schulden der öffentlichen Hand um ein Vielfaches. Diese Vermögen konnten so nur entstehen, weil staatliche Aufgaben nicht nach den Grundsätzen der Belastbarkeit sondern über Kredite finanziert wurden. Die Familien-Partei hatte die Schuldenproblematik bereits sehr früh politisch aufgegriffen.

b) Grundsätzlich gibt es zum Schuldenabbau zwei klassische Handlungsalternativen: Steuern erhöhen oder Sparen. Ersteres geht zu Lasten des Konsums, des Wirtschaftswachstums, der Arbeitsplätze, womit das Ziel höherer Steuern nicht erreicht wird. Bleibt die Frage, wer steuerlich noch höher belastbar wäre? Sparen, um die Schulden zu tilgen, hat das Problem, dass es bislang nicht einmal gelang eine Neuverschuldung zu vermeiden, die in Kauf genommen wurde um die Zinsen für Altschulden zahlen zu können. Die Familien-Partei verfolgt einen unbequemen, aber zukunftsfähigen Ausweg, ansonsten droht mittelfristig die Verschuldensfalle.

2.4 Wirtschaft

Das Erwerbsleben fordert den Erwerbstätigen eine hohe Flexibilität ab. Die Arbeitsstrukturen selbst entwickeln dagegen in Hinblick auf die Erwerbstätigen und insbesondere auf die Belange der Familien wenig organisatorische Flexibilität. Nationaler und internationaler Wettbewerbsdruck zwingen fortlaufend zu Rationalisierung. Rationalisierung vollzieht sich in den Unternehmen selbstverständlich ausschließlich vor betriebswirtschaftlichem Hintergrund. Volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte spielen kaum eine Rolle. Im Kernaspekt des Wirtschaftens geht es dabei eigentlich um eine sinnvolle Verteilung knapper Güter. Festzustellen ist heutzutage aber eine Pervertierung des wirtschaftlichen Handelns. Denn nicht mehr der Mensch, sondern der bilanzielle, geplante und immer wieder zu steigende Gewinn ist zum Maßstab geworden. Monopolisierung bahnt sich ihren Weg.

2.4.1 Familie als Arbeitnehmer

In einem Europa der Wirtschaft wechseln Standorte schneller als Menschen mit ihren Familien nachziehen können und wollen. Wie soll so eine verantwortungsbewusste Familienplanung möglich sein? Die Unternehmen müssen vorrangig zu den qualifizierten Arbeitnehmer/inne/n kommen und nicht umgekehrt. Die Arbeitnehmer brauchen eine klare Lebensperspektive.

Die Familien-Partei fordert

- (betriebliche) Kindertageseinrichtungen
- Tagesmüttermodelle
- politisch gestützte Konzeption neuartiger kinderbezogener Arbeitszeitstrukturen und Formen der Arbeitsorganisation
- Telearbeitsplätze, öffentliche Arbeitgeber als Vorreiter
- verbesserter Kündigungsschutz für Eltern
- branchenbezogener Mindestlohn in Anlehnung an tarifliche Abkommen

2.4.2 Wirtschaft und Standortfaktoren

Die prognostizierte Bevölkerungsstatistik lässt Deutschland als eine der problematischen Regionen in Europa hervortreten. Neben grundlegenden demographischen Problemen spielt auch die Tatsache, dass Nachwuchskräfte aus Deutschland abwandern, eine wesentliche Rolle. Es gilt, Arbeitskräfte im Land zu halten und dazu bedarf es qualifizierter Arbeitsplätze.

Die Familien-Partei fordert

- zielgerichtete Förderung zukunftsfähiger Branchen
- zielgerichtete Förderung vernachlässigter Regionen, Stichwort Soli um eine deutschlandweit, ausgewogene Wirtschaftsstruktur zu erhalten.
- Überarbeitung der Verkehrsinfrastruktur und der Bahnanbindung
- Ausbau der digitalen Infrastruktur
- Europa der Regionen – Vernetzung der Wirtschaftsstandorte, speziell in Grenzregionen mit mittelfristiger politischer Kompetenzabgabe an die Region

Nicht nur Erhalt sondern Ausbau der Infrastruktur

Die demographische Entwicklung lässt die künftigen Lasten auf immer weniger Schultern ruhen, und die Entdichtung in der Besiedelung schafft zusätzliche technische Probleme (etwa die Gefahr der Verkeimung von Trinkwasser in wenig genutzten Leitungen).

Die Familien-Partei fordert:

- langfristige Regionen bezogene Bedarfsplanungen der Infrastruktur
- Setzung nachhaltiger Standards
- klare Entscheidung für zentrale statt für dezentrale Konzepte
- Verpflichtung der Kommunen zu lokalen Masterplänen
- Konzepte dezentraler Abwasserreinigung
- Bestanderhebungen und Renovierungsleitlinien für öffentliche Gebäude
- Abschreibungen mit Rückstellungen zum Wiederbeschaffungswert
- gestützte Kreditprogramme für Instandsetzung von Altbauwohnbestand
- Verzicht auf teure Leuchtturmprojekte, sondern Erhalt der Daseinsvorsorge in der Breite
- Beseitigung des Investitionsstaus, was man durchaus als verdeckte Verschuldung ansehen kann

Leistungsabhängige Infrastrukturabgabe ist erforderlich

Diesen Aspekt möchte die Familien-Partei betonen. Nicht erst seit der Fechinger Talbrücke wankt die Infrastruktur im Saarland. Hier reden wir von der klassisch-baulichen Infrastruktur. Die Zukunft wird aber digital. Um hier Standards zu erhalten oder gar in eine Pilotrolle zu kommen, müssen mehr Anstrengungen her. Die Familien-Partei macht sich für eine leistungsabhängige Infrastrukturabgabe stark, die Einkommen und Kinderzahl eines Haushaltes berücksichtigt.

Bergbau - Pumpen laufen lassen

Lange Zeit lebte das Saarland vom Bergbau, der Abbau wurde wie in jedem Industriezweig im Verlauf immer mehr unter Kostendruck betrieben zu Lasten eines nachhaltigen Bergbaus. Aus Nachhaltigkeitsgründen im Hinblick auch auf die künftigen Generationen ist es unverantwortlich das Abpumpen von Grubenwasser künftig zu unterlassen. Die Folge wäre eine unkalkulierbare Belastung des Bodens.

2.4.3 Humanorientierte Steuerreform

Moderne Unternehmen planen heute in erster Linie den Gewinn. Er ist die Größe, die kontinuierlich wächst bzw. wachsen soll – häufig unabhängig von anderen wirtschaftlichen und vor allem sozialen Parametern. Mitarbeiter und ihre Bezahlung werden zum anonymisierten Stellglied der Gewinnmaximierung.

Die Rede ist zwischenzeitlich von der Industrie 4.0 mit allen Einschnitten, die dies für die Zukunft der Gesellschaft bedeutet. Millionen von Arbeitsplätzen in der Dienstleistungsbranche und Verwaltung sind von Rationalisierung und Automatisierung bedroht.

Die Stellgröße für eine am Menschen orientierte Veränderung kann nur in einem Anreizsystem für betriebswirtschaftlich handelnde Unternehmen liegen. Der betriebswirtschaftliche Anreiz, Arbeitnehmer zu behalten oder einzustellen muss entwickelt werden. Wenn Wirtschaften um knappe Ressourcen ringt und die größte (weil beinahe alleinige) Stellschraube in bereits mehrfach optimierten Unternehmen der Produktionsfaktor Mensch ist, dann läuft etwas schief. Das angesprochene Anreizsystem bedeutet einen Eingriff in das Steuersystem. Die zu erhebenden Steuern dürfen nicht mehr technokratisch am Gewinn hängen, sondern müssen die Umstände der Gewinnentstehung berücksichtigen. Nur so entsteht eine Lenkungswirkung.

2.4.4 Landesweite Regionalwährung

Ein weiterer problematischer Aspekt ist in unserer Gesellschaft das Kreisen des Geldes. Es nützt unserer Gesellschaft nicht, wenn Einkünfte eine Polarisierung in Vermögende und Arme erzeugen. Es nützt unserer Gesellschaft nicht, wenn geschaffenes Kapitalvermögen auf den Konten liegt und vor allem global „arbeitet“. Über bekannte regionale Modelle, Geld im Umlauf zu halten, muss mehr als nachgedacht werden.

Die Einführung einer echten, landesweiten Regionalwährung kann den heimischen Mittelstand und das Handwerk massiv fördern. Ziel muss es sein, die Umlaufgeschwindigkeit der Regionalwährung über die des Euros zu erhöhen, um hier vor Ort Beschäftigungseffekte zu erzielen.

2.4.5 Förderprogramm Altbausubstanz

Es nützt nichts. Schauen wir uns um im Saarland erleben wir viel Altbausubstanz. Es braucht ein dauerhaftes Förderprogramm, diese Altbausubstanz zu revitalisieren;

Sicherheitsstandards auf den Prüfstand

ebenso müssen die von Brandschutzlobby getriebenen Sicherheitsstandards auf den Prüfstand. Es kann nicht sein, dass Bauvorschriften zu Bauverhinderungsvorschriften werden, weil keiner mehr investieren kann.

2.4.6 Tourismus – die Perspektive

Der Ausbau des Tourismus ist für das Saarland eine bislang unterschätzte Entwicklungschance. Hierzu muss intensiv am Bewusstsein gearbeitet werden, die Chancen zu begreifen und zu nutzen. Selbst – Bewusstsein ist landesweit zu entwickeln.

Entsprechende Wirtschaftsförderung und weiterer Aufbau und Verbesserung der Tourismus – Infrastruktur müssen diesen Weg begleiten.

2.4.7 Fazit

Vorbeugend und sozial verantwortungsbewusst setzt die Familien-Partei Akzente.

- Reform der Gewinnbesteuerung
- Erprobung regionaler Modelle den Geldkreislauf zu erhöhen, z.B. Chiemgauer
- dezentrale Energieerzeugung mit Bürgern als Anteilseigner
- keine Privatisierung von Angelegenheiten der Daseinsvorsorge
- Einführung eines gesetzlichen tarifbezogenen Mindestlohns
- sozialverträgliche Regelungen für Zeitarbeit / Leiharbeit / Pseudoverträge
- Zeitarbeit in jeder Form muss höher entlohnt sein als reguläre Arbeit

2.5 Demokratie und Verwaltung

Das demokratische System ist zu einer Spielstätte von Parteiopportunisten verkommen. Unsere Demokratie braucht dringend eine Auffrischung, eine Erneuerung. Die Familien-Partei will hier Zeichen setzen.

2.5.1 Verschlinkung der Regierung und des Parlaments

Das leidige Koalitionsgeschacher der etablierten Parteien nach Wahlen verbunden mit einer Vielzahl von Umsetzungen und Neueinstellungen von Parteigünstlingen hat zu einem aufgeblähten Regierungsapparat geführt, in dem zudem viele Möglichkeiten der Selbstbedienung an öffentlichen Geldern offen stehen. Die Familien-Partei fordert klare Konsequenzen bei juristischem bzw. moralischem Fehlverhalten im Amt mit entsprechenden

Compliance-Regeln.

- Kopplung der Einkommen und der Altersversorgung der Abgeordneten und Minister an die allgemeine Einkommens- und Rentenentwicklung
- Reduzierung der Ministerien
- Stellenabbau bei der Bundesregierung um mindestens 10 Prozent
- kontinuierlicher Rückbau der Zuschüsse an die Bundestagsfraktionen (verdeckte Parteienförderung)
- Abbau des Berufspolitikertums durch Begrenzung der Mandatszeiten auf maximal zwei Legislaturperioden in Folge
- Verbot der Einflussnahme durch Parteien auf Stellenbesetzungen in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und dergleichen.

2.5.2 Reform des Wahl- und Abstimmungssystems

Heute entscheiden die etablierten Parteien vielschichtig auch über die Besetzung von Schlüsselpositionen außerhalb der Parlamente. Nach Bestreben der Familien-Partei muss die persönliche fachliche Qualifikation und nicht das Parteibuch ausschlaggebend werden. Für die Familien-Partei ist ein Rückzug der Parteien auf ihre originären Aufgaben wesentlicher Bestandteil der Gewaltenteilung, wie sie das Grundgesetz verkündet.

Die Grundprinzipien der Demokratie werden im Parlament oft unzureichend umgesetzt. Die Familien-Partei fordert das Parlament auf, je nach Thematik verstärkt auf das Mittel geheimer Abstimmungen zurückzugreifen, damit jeder Abgeordnete auch faktisch nur seinem Gewissen verpflichtet ist. Ein Fraktionszwang ist in aller Regel abzulehnen.

Bausteine auf dem Weg zu einer besseren Demokratie sind für die Familien-Partei:

- Aufhebung der bestehenden 5%-Hürde
- Einführung einer umgekehrten 5%-Hürde, d.h. mind. 95 % der abgegebenen Wählerstimmen müssen in der Sitzverteilung Berücksichtigung finden.
- Wahlrecht ab Geburt (Stimmabgabe bis 16 Jahren stellvertretend durch die Eltern)

Wahlrecht ab Geburt

Die Familien-Partei fordert ein höchstpersönliches Wahlrecht ab Geburt. Wir stützen uns auf die Wahlgrundsätze der Allgemeinheit und der Unmittelbarkeit. In Wahlentscheidungen werden gesellschaftliche Prozesse für alle entschieden, ob jung – ob alt. Daher sollte auch jede Stimme der Gesellschaft zählen. Auch hier verweisen wir auf unsere Internetseite

<https://familien-partei-saarland.de/index.php/das-programm/grundpositionen/52-wahlrecht-ab-geburt>

2.5.3 Gesetze

Immer neue Gesetze sind nicht die Lösung! Nicht nur, weil Dummheit nicht vor Strafe schützt, sondern weil Entrümpelung das Zusammenleben einfacher und gerechter macht, will die Familien-Partei die Landesgesetze und Verordnungen entrümpeln. Der Sinn von Gesetzen ist das Zusammenleben zu regeln und eigentlich leichter zu machen. Ein immer größerer Wust an Regelungen und Verordnungen läuft dem konträr. Auch ein Gerechtigkeitsnutzen ist damit sicher nicht verbunden. Als Zielmarke sollten 1/3 der Regelungen auf den Prüfstand.

2.6 Bildungspolitik

Bildung ist der einzige, nachhaltige Rohstoff, den unser Land hat. Bildung ist Ländersache. In den letzten Jahren hat sich daher eine verworrene Bildungslandschaft herausgebildet. Einheitliche, nationale Standards sind notwendig. An vielen Stellen muss das Bildungssystem besser ausgestattet werden.

Bildung ist neben den Kindern selbst die wichtigste Ressource, um für die Zukunft zu rüsten. Die Familien-Partei wird auch das Thema Weiterbildung und lebenslanges Lernen vor dem Hintergrund der Demographie in den Fokus rücken.

Die Familien-Partei möchte erreichen

- effektive Förderstrukturen in den Schulen
- Nutzung der demographischen Entwicklung zur Verkleinerung der Schulklassen
- Angebot an Ganztagsschulen mit Nachmittagsunterricht neben den klassischen Organisationsformen
- Mehr Dynamik hin zur Gebundenen Ganztagsschule

Gebundene Ganztagsschulen

Zum gesellschaftlichen Wandel gehört ideologiefrei auch der Ausbau der Gebundenen Ganztagsgrundschulen. Der Ausbildung unserer Kinder unter Anpassung an individuelle Leistungsfähigkeiten der Kinder lässt die Gebundenen Ganztagsgrundschule mehr Spielraum zur bestmöglichen Ausbildung unserer Kinder und damit unserer aller Zukunft.

- Reduzierung der Einkommensgrenzen und der Zugangsbedingungen für ein „Schüler-BaFöG“ vor dem Fach(abitur)
- verstärkte schulische Sozialarbeit
- generationenübergreifende Vernetzungsstrukturen in der Bildung
- nachhaltige Ausbildungsplatzinitiativen
- bezahlbaren Wohnraum für Studierende
- kostenfreie Studienkredite
- Anreize für permanentes Nachqualifizieren in der Arbeitswelt
- ausreichende Möglichkeiten der Wiedereinstiegsqualifizierung von Eltern nach Erziehungszeiten
- Aufbau eines Weiterbildungsangebotes für Menschen mit Brüchen in der Biographie – Stichwort: Industrie 4.0

Rückkehr zum Abitur nach 9 Jahren - G9

Das gedrängte G8 überfordert unterm Strich die Schülerinnen und Schüler. Familien-Partei fordert Rückkehr zu G9! **Bildung** ist neben der nicht mehr geförderten Kohle **unser Rohstoff** an der Saar. Die allgemeine Hochschulreife sollte mit einem breiten Wissensstand erreicht werden. Die Familien-Partei steht für Nachhaltigkeit auch im Bildungsbereich.

Dies erreicht man nicht mit einem Turbo-Abitur G8 - ob mit oder ohne Lehrplanentrümpelung. Gute Bildung braucht Zeit. Diese Zeit sollten wir uns nehmen. Daher fordern wir auch die landesweite Rückkehr zu G9 – ohne Kompromisse. Es ist der praktikabelste Weg!

Auch musische, soziale, sportliche oder ehrenamtliche Beschäftigung in der außerschulischen Zeit sind wichtig. Dies ist mit G9 besser vereinbar.

2.7 Energie und Verkehr

Nachhaltigkeit und Generationenverträglichkeit sind zwei politische Grundprinzipien der Familien-Partei. Sie bezieht sich dabei sowohl auf die natürlichen Ressourcen als auch auf das Humanvermögen und die siedlungsbezogene Infrastruktur. Die Nutzung der Atomenergie samt ihrer ungeklärten Endlagerungsproblematik gefährdet nach Auffassung der Familien-Partei alle vorgenannten Bereiche in hohem Maße.

2.7.1 Energie

Die Familien-Partei steht zur Energiewende. Sie will die wirtschaftliche und damit politische Abhängigkeit von dritten Energielieferländern verringern.

Ihre Ansätze sind:

- Erhöhung der Energieeffizienz: mit weniger Energie auskommen
- Energiemix im Inland erzeugen
- entschiedener Kampf gegen das Preisdiktat auf dem Energiesektor
- Preisanpassungen für Autokraftstoffe regulieren (feste Zeiten für Preisänderungen, strengere Regeln gegen Preisabsprachen)
- Finanzierungsmodelle für Bürgerbeteiligungen im lokalen Energiesektor
- Stärkung der Gemeinde- und Stadtwerke als lokale Arbeitgeber

Die Energieversorgung Deutschlands hängt derzeit in hohem Maße von Zulieferern in Ost und Fernost ab – mit allen politischen Rücksichtnahmen oder Interventionen. Die dortigen politischen Verhältnisse können für Deutschland schnell zum Problem werden.

Die Familien-Partei will auch lokal neue Abhängigkeiten vermeiden. Nicht in die Hände der großen Versorger soll die Energieerzeugung gelegt werden, sondern in die Hände der Bürgerinnen und Bürger. Kommunale Energie in Bürgerhand ist an dieser Stelle der Leitgedanke der Familien- Partei.

2.7.2 Verkehr – ÖPNV stärken

Aus demographischen Gründen führt an einer Stärkung des ÖPNV kein Weg vorbei. Das Wabensystem in seiner jetzigen Form ist gekennzeichnet von Ungerechtigkeiten. Den ÖPNV will die Familien-Partei umgestalten und einen einheitlichen Tarif im Saarland anbieten. Gleiche Strecke – gleicher Preis.

Längerfristig soll der ÖPNV beitragsfrei angeboten und so attraktiver gemacht werden. Die Familien-Partei ist sicher Verkehr der Zukunft wird sich in diese Richtung entwickeln (müssen).

Mobilität neu denken

Die Familien-Partei hebt folgende Faktoren der Mobilität hervor, die wesentlich die zukünftige Ausrichtung bestimmen:

- die Rohstoff- und Kraftstoffpreise werden steigen
- das Straßennetz kann qualitativ und quantitativ nicht gehalten werden

- die Umweltproblematik wird zunehmen
- der öffentliche Personen(nah)verkehr muss sich bedarfsgerecht ändern
- der Anteil der älteren Verkehrsteilnehmer wächst stetig

Mobilität wird in zunehmendem Maße zugleich eine wesentliche sozialpolitische und eine wirtschaftspolitische Aufgabe.

Die Familien-Partei tritt ein für

- einen familienfreundlichen und damit auch senioren- und behindertenfreundlichen öffentlichen Personennahverkehr
- Optimieren von Umsteigebeziehungen
- kostenlose Nutzung des ÖPNV bei freiwilliger Führerscheinabgabe (ab 75 Jahren)
- grenzüberschreitende Vernetzung von Verkehrsanbindungen
- Förderung von Elektro-Mobilität in Innenstädten
- Einrichtung und Förderung von Mitfahrzentralen und Car-Sharing-Modellen
- GPS-gestütztes Fahrradleihsystem in Ballungsräumen
- abschließbare Fahrrad-Mietboxen an allen Bahnhöfen
- Ausbau und Ausweisung weiterer Park- und Mitfahr-Plätze

Ein Wort zur Elektromobilität

Fahrzeuge mit Elektromotor sind leiser als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren. Geringere Lärmemissionen könnten in der Tat ein Vorteil der Elektromobilität sein. Lärm darf durchaus als belastenden Faktor gesehen werden, der schädlich auf den Menschen einwirkt.

Deswegen aber ein Milliarden schweres Förderprogramm für das Elektroauto? ein Auto, dessen Alltagstauglichkeit sich noch überwiegend auf die Kurzstrecke begrenzt! Der eigentliche Vorteil des geringeren Lärms wird aber unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit schon wieder kritisch gesehen. Es wird sogar an einer Geräuschkulisse gearbeitet, die künstlich erzeugt wird.

Das milliardenschwere Programm der Bundesregierung hat dann wohl vordergründig auch eher die Klimaziele im Blick. Und da soll das Elektromobil ökologisch punkten. Selbstverständlich produziert das Elektroauto am Ort seines Energieverbrauchs annähernd null Schadstoffemission. Vernachlässigen wir die nicht geringen CO₂-Werte der

Produktion eines Elektromobils auch noch, so kommt der Strom zum Laden des Akkus aber immer noch aus der Steckdose. Einfach!

Doch wo kommt er her? Bei einem durchschnittlichen Stromtarif beinhaltet der Strom Kernenergie und jede Menge fossile Energieträger. Dies zeigt sehr deutlich, von öko oder gar logisch kann keine Rede sein.

Unterstellt man, der Stromliefervertrag an einer Zapfsäule sei ein 100 % regenerativer Vertrag, so kommt der Strom aber noch immer aus dieser Dose und der Strom wird aus dem europaweiten Stromteppich entnommen, der eben sehr stark aus Kernenergie und fossilen Trägern gespeist wird. Lediglich die Verrechnung aufgrund des Tarifs trägt dann etwas zum ökologischen Gewissen bei.

Umweltpolitisch wäre es also richtiger die Verursacher von Emissionen zu belasten.

Der „Fortschritt“ wird einhergehen mit Verlust an Arbeitsplätzen im fünfstelligen Bereich. Fortschritt also? Aus Sicht der Familien-Partei nicht vor Erreichen der Energiewende!

2.8 Deutschland und Europa - ja zu Europa

Eine globalisierte Welt braucht ein Europa, das mit einer Stimme spricht, zugleich aber von europäisch denkenden und wettstreitenden Regionen getragen wird.

Regionen (z.B. Saar-Lor-Lux-Raum) und eben langfristig nicht die Nationalstaaten sollten die Triebfedern Europas sein. Der Zusammenhalt Europas wird davon abhängen, wie sehr sich seine Bürgerinnen und Bürger mit diesen Regionen identifizieren. Je mehr grenzüberschreitend Regionen in den Dialog kommen, umso besser für Europa.

Geködert mit der Reisefreiheit und europaweiten, erleichterten Konsummöglichkeiten hat sich bislang eher eine Wirtschaftsunion herausgebildet. Das Bestreben der Familien-Partei ist es Europa hin zu einer Sozialunion zu entwickeln – eine Sozialunion, die eine ausgewogene europäische Gesellschafts- und Altersstruktur im Blick hat.

Wenn wir zu diesen Vorstellungen grundsätzlich ja sagen, so ist es letztlich nur konsequent dem Haus Europa eine andere Struktur zu geben – eine Reform des europäischen Apparates ist mehr als dringlich. Über klare

Aufgabenzuschnitte zwischen Nationalstaaten und Gemeinschaft ist zu diskutieren.

Die Familien-Partei Deutschlands bemängelt die vergleichsweise geringe parlamentarische Kontrolle der EU-Kommission. Hier trifft eine mächtige wirtschaftliche Exekutive Entscheidungen und setzt staatenübergreifende Normen ohne eine direkte Legitimierung durch das EU-Parlament bzw. den Bürger zu haben.

Um den Transfer zur Sozialunion einleiten zu können, fordert die Familien-Partei:

- a. die wirtschaftliche Gleichstellung der Familien mit Kinderlosen. Der Strukturfehler in Deutschland durch das Fehlen einer Familienkasse sollte sich in Europa nicht wiederholen.
- b. die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (d.h.: jeder entscheidet nach seiner Zuständigkeit und Brüssel entscheidet nur, wenn es wirklich für alle besser ist)
- c. die Einhaltung des Konnexitätsprinzips (d.h.: „wer bestellt, der bezahlt auch“) also eine verfassungsrechtliche und finanzwissenschaftliche Regel, nach der die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe (Finanzierungshoheit) von demjenigen Aufgabenträger zu tragen sind, der über Art und Intensität der Aufgabenerfüllung entscheidet
- d. die Neuverteilungen der Kompetenzen (d.h.: was die Hauptstädte besser entscheiden können, muss Brüssel nicht entscheiden. Was besser jenseits nationaler Grenzen zu entscheiden ist, gehört aus den nationalstaatlichen Händen nach Brüssel verlagert.
- e. Reform der europäischen Gewalten Legislative, Exekutive, Judikative.

2.9 Demographie – die Herausforderung annehmen

Auf die Probleme der Demographie weist die Familien-Partei seit den 80er Jahren hin. Interessiert hat es nur Wenige. Heute erkennen die politischen Parteien, dass das Problem ein Handeln erfordert. Zwei Dinge gehören aber zum Handeln: a) ein Handeln der Symptome = Feststellen und Bekämpfen akuter Probleme und b) die Ursachenbekämpfung.

Die Familien-Partei wird zum Punkt a) folgende Kernfragen in ihr politisches Handeln einbringen:

- Wie gelingt es dem Bund die hier lebenden Jugendlichen und ihre Familien dauerhaft ans Land zu binden?
- Wie entwickeln Politik und Wirtschaft eine gemeinwohlorientierte Sichtweise von Familienfreundlichkeit zum wirkungsvollen Standortfaktor?
- Welche Eckpunkte einer die Geburtenrate steigernden Familien-Politik können wir von Nachbarländern lernen?
- Welche Beiträge können bzw. sollten bürgerschaftliche Netzwerke in einer sich wandelnden Gesellschaft leisten?
- Welche Demographie-Strategie verfolgt der Bund überhaupt?

Die Familien-Partei fordert eine von der öffentlichen Hand gestützte Strategie, wie mit Immobilien, die aufgrund mangelnder Nachfrage oder wegen nicht mehr rentabler bzw. leistbarer Instandhaltung an Wert verlieren oder aufgegeben werden, umgegangen werden soll. Dabei stellt sich auch das Problem, dass so manche langfristig geplante Kapitaldeckung für das Alter über Mieteinnahmen nicht mehr umzusetzen sein wird. Es gilt zusammen mit den Kommunen einen Demographie-Check zu entwickeln

Einige Anliegen der Familien-Partei

- Versorgungswege mit Gütern des täglichen Bedarfs stützen
- Bringservice-Angebote in Kooperation mit Versorgern ausbauen
- Maßnahmen zur Förderung der sozialen Kontakte älterer oder nicht-mobiler Menschen
- neue dezentrale Einrichtungen der sozialen Integration, etwa Generationenhäuser zur gegenseitigen Begegnung und Hilfe
- Intelligenter Mix aus Spezialisierung und allgemeinmedizinischem Angebot im Krankenhauswesen und in der ambulanten Ärzteversorgung
- Ausarbeitung besonderer Konzepte für den ländlichen Raum

Die Familien-Partei legt Wert darauf, dass der wachsende Betreuungs- und Pflegebedarf in der alternden Bevölkerung menschenwürdig geleistet wird - die wohl größte Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Grad und Qualität der Versorgung Älterer werden sich daran orientieren, welche Ressourcen diese Generation der nachfolgenden Generation belassen hat und wie viele junge Menschen in die Gesellschaft eingebracht wurden.

Verbesserungen in der Pflege

Eine Aufwertung der häuslichen Pflege tut aus genannten Gründen Not: aufwendige Bürokratie, hohe Infrastrukturkosten und vor allem Profitgier zeichnen derzeit die institutionelle Pflegebetreuung aus. Daher sind die

Anreize hin zur häuslichen Pflege zu setzen. Die Familien-Partei überträgt ihre Idee des Erziehungsgehaltes auf ein Pflegegehalt zur Stärkung der häuslichen Pflege.

In den Betreuungseinrichtungen sind gesetzlich zu überarbeiten: die gesamte Ausbildungsthematik, die Definition von Pflegepersonal pro Pflegeplatz, sowie eine klare Definition der Tätigkeitsfelder des Pflegeberufes hin zur Arbeit am Menschen und weg von der Verwaltungsarbeit eines Controllers.

Längerfristig ist aber die Ursachenbekämpfung Punkt b) von großer Wichtigkeit - eine Kernkompetenz der Familien-Partei. Hier und da rütteln politische Mitbewerber am (Zwei-) Generationenvertrag. Dabei ist doch vollkommen klar: keine noch so ausgeklügelte Kapitaldeckung kann die Menschen so absichern wie die Solidarität zwischen den Generationen. Die Familien-Partei hält am Generationenvertrag fest. Sie hält den Generationenvertrag für eine der sozialsten Errungenschaften unseres Landes. Mehr noch: den Zwei-Generationenvertrag gilt es zu einem Drei-Generationen-Vertrag zu entwickeln. Was bereits Adenauer aus wahltaktischen Gründen und wider besseres Wissen von der Tagesordnung fegte, wäre aber bitter notwendig: Die Einführung einer Familien-Kasse.

Notwendig ist dies, weil ein Riesenanteil der Bevölkerung mit dem Generationenvertrag nichts mehr anzufangen weiß. Die Menschen zahlen in die Gesetzliche Rentenversicherung ein in dem Irrglauben deswegen später eine Rente zu bekommen. Völlig ignoriert, wird der Auftrag auch was für die eigene Altersvorsorge zu tun, nämlich in Kinder zu investieren.

Die Menschen bekommen die Kinder scheinbar doch nicht immer!

In den letzten vier Jahrzehnten wurden freilich auch völlig falsche Anreize gesetzt. Wer sich heute ökonomisch sinnvoll verhalten will, der wäre doch bescheuert, wenn er in eine Familie mit Kindern investieren würde – aber genau diese Investition braucht die deutsche Gesellschaft.

Die Familien-Partei strebt die echte Wahlfreiheit für die Eltern in der Kinderbetreuung an. Wir geben keiner Form der Kinderbetreuung Vorrang. Nur einseitig die institutionelle Betreuung zu propagieren, hält die Familien-Partei für falsch. Ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt kann hier helfen. Wer möchte, kann davon dann Kosten deckende Betreuungsangebote in allen Altersstufen der Kinder wahrnehmen – nur die Bedarfsdeckung muss endlich erreicht werden.

Um neue Anreize zu setzen, strebt die Familien-Partei an, die Aufwendungen für Kinder völlig steuerfrei zu stellen. Im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer realistische Steuerfreibeträge für Kinder, sowie im Bereich der indirekten Steuern eine Rückerstattung.

3 Schlusswort

Die Familien-Partei Deutschlands tritt zur Landtagswahl 2017 im Saarland als Alternativ für das Saarland zu den etablierten Parteien an. Das vorliegende Wahlprogramm konkretisiert die Grundausrichtung des Parteiprogramms.

Link zum Bundesparteiprogramm der Familien-Partei:

https://familien-partei-saarland.de/images/pdf/FAMILIE_Bundesparteiprogramm.pdf

Mit ihrem Wahlantritt zwingt die Familien-Partei die politischen Mitbewerber auch mittelfristig, sich mit einer familiengerechten Programmatik zu befassen und diese dann mit umzusetzen.

Nicht-Wählen ist keine Lösung. Die Familien-Partei bietet sich auch für Protestwähler dann aber als konstruktive Alternative an. Jede Stimme für die Familien-Partei entzieht den etablierten Parteien auch ein Stück der finanziellen Basis, indem die Familien-Partei stärker an der Wahlkampfkostenerstattung teilhat.

An die Wahlverweigerer richtet die Familien-Partei folgenden Appell: „Wer nicht oder ungültig wählt, stärkt indirekt die, die er nicht wählen wollte.“